

Änderungsantrag

der Abgeordneten Diana Golze, Karin Binder, Roland Claus, Klaus Ernst, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Elke Reinke, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3123, 16/3124, 16/3125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007
(Haushaltsgesetz 2007)**

**hier: Einzelplan 17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 17 02 wird ein neuer Titel – Sonderfonds Kinder- und Jugendarbeit – eingefügt, der Titelanatz beträgt 50 Mio. Euro. Für den Titel wird darüber hinaus eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100 Mio. Euro ausgebracht, deren Fälligkeit sich auf die Haushaltsjahre 2008 und 2009 mit jeweils 50 Mio. Euro verteilt.

Berlin, den 20. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Seit dem Jahr 2000 ist nach den verfügbaren Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik ein erheblicher Rückgang an öffentlich geförderten Maßnahmen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zu verzeichnen. Die flächendeckende Krise der Haushalte von Ländern und Kommunen hat dazu geführt, dass außerschulische Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche dem Rotstift zum Opfer fielen. Diese Entwicklung stellt sich regional sehr verschieden dar, hat aber in manchen Landstrichen, insbesondere in den östlichen Bundesländern, zu einem regelrechten Zusammenbruch der Träger- und Angebotsland-

schaft geführt. Während in der gesamten Bundesrepublik die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit um 17 Prozent zurückging, war im Osten im selben Zeitraum ein Rückgang um 39 Prozent zu verzeichnen. Wie von der Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. bestätigt wurde, muss davon ausgegangen werden, dass es gerade rechtsextremen Organisationen immer öfter gelingt, Versorgungs- und Angebotslücken im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit mit eigenen Angeboten zu füllen. Wo Jugendarbeit aus finanziellen Gründen eingestellt wird, entsteht ein Vakuum, in das rechts-extreme Organisationen mit Angeboten vorstoßen, die im schlimmsten Fall ihre Attraktivität bei Jugendlichen und ihre Verankerung in lokalen Strukturen stärkt. Auch im Rahmen einer Verbesserung des Kinderschutzes spielen verlässlich vorgehaltene Angebote der öffentlich geförderten Kinder- und Jugendarbeit eine wichtige Rolle. Dieser Hintergrund rechtfertigt ein besonderes finanzielles Engagement des Bundes mit dem Ziel der Stabilisierung des Angebots an Maßnahmen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit.